

Pressemitteilung:

Kultusministerkonferenz tagt am 9.10 in Essen

Mehr als 22.000 Unterschriften „Lernen für den Frieden“ werden an die Kultusminister übergeben

In Ihrer Funktion als Präsidentin der Kultusministerkonferenz werden NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann am Donnerstag, den 9. Oktober um 11:30 Uhr über 22.000 Unterschriften der Kampagne „Lernen für den Frieden – keine Rüstungsindustrie und kein Militär in Bildungseinrichtungen“ überreicht. Nach der Übergabe an die KMK auf der Zeche Zollverein findet anschließend um 17:00 Uhr eine Kundgebung in der Essener Innenstadt auf dem Porscheplatz unter dem Motto „Lernen für den Frieden! Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen“ statt.

Unterstützt wird diese Kampagne von Interessenvertretungen von Schülern und Studierenden, von Wissenschafts- und Friedensorganisationen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sowie christlichen Organisationen. Nach der Übergabe werden im Rahmen der Kampagne für ein weiteres Jahr, bis zum Tag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 2015, Unterschriften gesammelt.

Dazu Peter Förster, engagiert in der bundesweiten Zivilklauselbewegung „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“: „In zahlreichen Gesprächen haben wir erlebt, dass viele Menschen sich Gedanken darüber machen, wie die drängenden gesellschaftlichen Probleme gelöst werden können, Kriege endlich beendet statt neu begonnen werden und eine zivile und humane Entwicklung befördert werden kann. Über 22.000 Menschen haben daher für ‚Lernen für den Frieden‘ unterschrieben. Sie treten damit für ein unbedingt ziviles Bildungssystem und eine Gesellschaft ein, die von Aufklärung, Solidarität und dem Prinzip des Arguments statt des Rechts des Stärkeren geprägt ist.“

Joachim Schramm, Sprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) NRW und engagiert im Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“ ergänzt: „Wir fordern die Kündigungen der Kooperationsabkommen zwischen den Schulministerien und der Bundeswehr, die in der Mehrheit der Bundesländer eingeführt worden sind, und mit denen Jugendoffizieren die Türen zu den Klassenzimmern geöffnet werden sollen. Politikunterricht und Friedenserziehung sind Aufgabe von Lehrern, nicht von Militärs.“

Abschließend resümiert Dorothea Schäfer, Vorsitzende der GEW NRW: „Nachdem im neuen NRW-Hochschulgesetz im erstem Bundesland einer unserer friedenspolitischen Forderungen entsprochen wurde, indem verankert wurde, dass die Hochschulen friedlichen Zielen verpflichtet sind, fühlen wir uns bestärkt in unserer Forderung nach Aufhebung der Kooperationsvereinbarung für die Schulen. Wer politisch A sagt, muss auch B sagen. Das heißt auch, dass Schulen und Hochschulen ausreichend öffentlich finanziert werden müssen, damit sie ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden können und wirklich ein solidarisches Lernen für den Frieden realisiert werden kann.“

Kontakt:

Kampagne „Lernen für den Frieden“

c/o Peter Förster, Marienstr. 3d, 50825 Köln, 017664125824,
Joachim Schramm, 0231-81 80 32

Weitere Informationen auf der Homepage der Kampagne: www.lernenfuerdenfrieden.de

Anbei: Unterschriftenliste „Lernen für den Frieden“

Aufruf zur Kundgebung anlässlich der Unterschriftenübergabe: „Lernen für den Frieden! Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen“